

keit nur verbarrikiert ausüben, weil ihre Vereinsheime immer wieder von rechten Gewalttätern angegriffen und zerstört werden. Vielfach wird die rechte Straßengewalt von Behörden und Lokalpolitikern in Bandenkämpfe linker und rechter Chaoten umgedeutet. Die Opfer werden zu Provokateuren und Tätern verkehrt, was damit zu tun hat, dass deren bunte Haare und bewusst zur Schau gestellte Abweichung von der bürgerlichen Norm von Mitbürgern als bedrohlich und unangemessen empfunden wird.

So hat die rechte Gewalt einen perfiden Effekt: Nicht die »Sieg Heil« grölenden Schläger werden als Ursache für die Störung der örtlichen Ruhe betrachtet, sondern diejenigen, gegen die sich rechte Gewalt richtet und die Neonazismus anprangern. So bekam eine Mutter bei einer Anhörung in Limbach-Oberfrohna zu hören, die Eltern der Jugendlichen mit den bunten Haaren sollten erstmal ihre Familienverhältnisse in Ordnung bringen. Rechte Gewalt erhöht somit den Anpassungsdruck auf »nichtrechte Jugendliche«. Pluralismus und kulturelle Vielfalt werden als Provokation empfunden. Nach dem Motto: Würden die Bunthaarigen die Rechten nicht provozieren, gäbe es auch keine Gewalt.

Die dargestellten Mechanismen machen deutlich, dass eine gesellschaftliche Reaktion zu kurz greift, die lediglich auf staatliche Repression setzt. Zwar ist dringend geboten, der ritualisierten rechten Straßengewalt entschiedener entgegen zu treten und Hakenkreuze, Bedrohungen und Körperverletzungen konsequent als Straftaten zu verfolgen. Zugleich braucht es aber systematische Prävention, denn der Übergang von diffus rechten Einstellungen bei 10- bis 14-Jährigen zu ideologisch gefestigten Neonazis im jungen Erwachsenenalter ist fließend. Die Sozialarbeiter von »Für Demokratie und Courage« betonen, dass der diffuse Rassismus eines 14-Jährigen noch erschütterbar ist, das nationalsozialistische Weltbild eines 18-Jährigen Kameraden aber nicht mehr. Daraus folgt, dass ein Hitlergruß nicht per se zur Stigmatisierung als Neonazi führen, aber auch nicht toleriert werden darf. Die Schule muss der Ort sein, wo Toleranz und Demokratie nicht nur gelernt, sondern auch verteidigt werden. Experten wie der Leipziger Psychologe Elmar Brähler halten eine solche Demokratieerziehung, die schon im Vorschulalter ansetzt, für das beste Rezept gegen Rechtsextremismus. ■

Juliane Wetzel

Antisemitismus im Rechtsextremismus

Wenn auch Xenophobie im Allgemeinen und Islamfeindlichkeit im Besonderen in der Außenwirkung rechtsextremer Agitation dominieren, so ist doch der Antisemitismus nach wie vor integraler Bestandteil der Ideologie des Rechtsextremismus.

Juliane Wetzel

(* 1957) Historikerin, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin und Mitglied des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus des Deutschen Bundestages.

wetz0154@mailbox.tu-berlin.de



Rechtsextreme Parteien, neonazistische Gruppierungen, Kameradschaften, »Freie Kräfte« und neu-rechte Zirkel, die häufig unterschiedliche Strategien verfolgen, sind sich einig in ihrem Hass gegen Juden. Rechtsextreme versuchen sich einen moderateren und an die Mehrheitsgesellschaft anschlussfähigeren äußeren

Anstrich zu verleihen und rekurrieren in ihrer Außenwerbung zunehmend auf soziale und wirtschaftspolitische Fragen, der Antisemitismus bleibt aber lagerintern ein zentrales Bindemittel und unverzichtbares Ideologieelement.

Antisemitische Vorurteile, Ressentiments und Klischees artikulieren sich heute im Wesentlichen in Formen, die nach dem Ende des Nationalsozialismus entstanden sind. Der sekundäre Antisemitismus, der »Antisemitismus wegen Auschwitz«, wie er auch bezeichnet wird, ist eine unmittelbare Folge der Shoah. Er speist sich aus Gefühlen der Schuld- und Schamabwehr und richtet sich gegen Entschädigungs- und Wiedergutmachungszahlungen, er artikuliert sich in Schlussstrichforderungen und einer Abwehr der Auseinandersetzung mit dem Genozid an den europäischen Juden. Juden werden als diejenigen gesehen, die die Deutschen ständig an die NS-Verbrechen erinnerten und »Normalität« verhinderten. Die Holocaust-Leugnung ist die extremste Form des sekundären Antisemitismus. Der Verbreitung der »Auschwitzlüge« bedienen sich unterschiedliche politische Gruppierungen aus dem rechtsextremen, dem islamistischen, aber auch dem esoterischen Lager sowie manche christliche Sekten. Weil die Holocaustleugnung in Deutschland einen Straftatbestand erfüllt, artikulieren Rechtsextremisten solche Inhalte, indem sie den Holocaust verharmlosen, Opferzahlen minimieren oder den Völkermord an den europäischen Juden mit alliierten Bombenangriffen (etwa auf Dresden) gleichsetzen. Dezidiert Holocaust leugnende Inhalte werden über ausländische Provider im Internet verbreitet.

Konstruktion einer »jüdischen Lobby«

Noch immer sind in rechtsextremen Kreisen auch Vorstellungen über »raffigierige« Juden virulent, denen Rechtsextreme die

Allmacht des Kapitals und die Auswirkungen des Kapitalismus unterstellen. Im Zuge der Finanzkrise nehmen in der rechtsextremen Szene, insbesondere in deren Internet-Auftritten, Zuschreibungen einer angeblich von Juden dominierten Finanzwelt zu. Bevorzugt verwendete Codes wie »Ostküste« verweisen auf die eigentlich antisemitische Konnotation. Gemeint ist die angebliche Macht »der Juden« an der Wallstreet, einem der größten Finanzplätze weltweit. In engem Zusammenhang damit stehen Zuschreibungen einer imaginierten zionistischen Lobby, die heute vor allem auch auf den Staat Israel projiziert wird. Hier bedienen sich Rechtsextreme der weit über diese Kreise hinausreichenden antisemitischen Israelkritik. Es dominieren Verschwörungstheorien, die immer wieder deutliche Bezüge zum klassischen antisemitischen Machwerk der *Protokolle der Weisen von Zion* des späten 19. Jahrhunderts aufweisen. So steht etwa der Code »USrael« für eine solche unterstellte zionistische Lobby und deren vermeintliche Dominanz über die US-Regierung, aber auch der Bundesregierung.

Welchen Mobilisierungskarakter der Nahostkonflikt auf das rechtsextreme Spektrum ausübt, manifestiert sich in höheren Werten antisemitischer Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund in Phasen der Radikalisierung der Auseinandersetzung zwischen Israelis und Palästinensern. Dies bedeutet im Umkehrschluss allerdings nicht, dass eine mögliche Befriedung der Region den Antisemitismus zum Verschwinden bringen würde. Antisemitische Israelkritik dient hier vielmehr als Plattform für judenfeindliche Äußerungen ohne die Gefahr einer möglichen Strafverfolgung. Die in Umfragen in den letzten 30 Jahren ermittelten Werte von 15-20 % latenter antisemitischer Haltungen in der Mehrheitsgesellschaft bleiben von den Ereignissen im Nahen Osten relativ unberührt, allerdings steigen manifeste Formen wie Übergriffe, Friedhofsschän-

dungen, Propagandadelikte u.ä. entsprechend an. Wesentlicher Träger solcher antisemitischer Straf- und Gewalttaten ist mit 90 % der Rechtsextremismus.

Auch auf Demonstrationen der Rechts-extremen zeigt sich immer wieder, dass der Nahostkonflikt und etwa die Tiraden des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad gegen Israel als Agitationsmittel willkommen sind, wenn z.B. iranische Fahnen geschwenkt oder an NPD-Infoständen angebracht werden. 2009 etwa rief der Berliner Landesverband der Deutschen Volksunion (DVU) zur Teilnahme an der von Islamisten organisierten anti-israelischen Al-Quds-Demonstration in Berlin auf. Das inoffizielle Organ der DVU, die *National-Zeitung*, konzentriert sich nach wie vor darauf, geschickt historische Tatsachen in Frage zu stellen, aber sie verbindet solche Formen des sekundären Antisemitismus immer häufiger auch mit antisemitischer Israelkritik und konstruiert den Einfluss einer »jüdischen Lobby«, diskreditiert den Staat Israel ebenso wie die USA, häufig mit der Zuschreibung einer amerikanisch-jüdischen Verschwörung zum Nachteil der Deutschen und unterstellt der Bundesregierung, sich »an Israels Nasenring« (NZ, 26.8.2005) führen zu lassen. Sekundärer Antisemitismus gepaart mit antisemitischer Israelkritik gehörte zum Repertoire: »Die Belastung Deutschlands mit der Alleinschuld auch an beiden Weltkriegen dient gleichzeitig dazu, die Entsetzlichkeiten unserer Zeit wie die Massakrierung von Palästinensern und Libanesen zu verdrängen« (NZ, 21.7.2006). Solche Inhalte sind durchaus anschlussfähig an Positionen in der Mehrheitsgesellschaft.

Mit dem Beginn der zweiten Intifada im Herbst 2000 stiegen antisemitische Übergriffe in nahezu allen europäischen Ländern an. In Deutschland erreichten sie 2001 und 2002 laut BMI mit ca. 1.600 rechtsextremen antisemitischen Straftaten (politisch motivierte Kriminalität rechts) einen ersten Höhepunkt. In den Jahren 2005 und

2006 wurden mit 1.682 und 1.662 Taten neue Spitzenwerte ermittelt, wobei die Steigerung 2005 auf einen allgemeinen Anstieg rechtsextremer Übergriffe (2004: 12.051; 2005: 15.361) zurückzuführen ist. Die Werte 2006 hingegen scheinen erneut in direktem Zusammenhang mit Ereignissen im Nahen Osten zu stehen, sie reflektieren den zweiten Libanonkrieg im August des Jahres. In den Jahren 2007 bis 2009 nahmen die antisemitischen Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund insgesamt eher ab, um schließlich 2010 mit 1.192 Fällen den niedrigsten Wert gegenüber der vergangenen Dekade zu erreichen.

Stellenwert des Internets

Zentrale Agitations- und Rekrutierungsplattform der rechtsextremen Szene national und international ist das Internet. Integraler Bestandteil der Webauftritte ist der Antisemitismus. Nach Erkenntnissen von *jugendschutz.net* haben die Aktivitäten rechtsextremer Gruppen im Netz zugenommen. 2009 konnten 1.872 rechtsextreme Webseiten, 107 Blogs und 93 soziale Neonazinetzwerke identifiziert werden. Entsprechende Inhalte werden vor allem über Musik und Videos transportiert.

Gefahren bergen vor allem auch solche Webauftritte, die sich als seriöse Nachrichtenportale gerieren. Mit ca. fünf Millionen Zugriffen jährlich gehört die Webseite *Altermedia* wohl zu den populärsten Webseiten der rechtsextremen Szene. Im August 2009 wurde dort die Einsetzung eines unabhängigen Expertengremiums zum Antisemitismus durch den Deutschen Bundestag kommentiert: »Was man mit Gremien dieser Art jedoch erreichen wird, ist lediglich die Bestätigung dessen, was Antijudaisten schon immer gesagt haben, daß in diesem Staat einzig und allein das Judentum das Kommando hat.« In den Nutzerkommentaren zum Beitrag finden sich zahlreiche eindeutig antisemitische Inhalte.

Für Rechtsextreme sind Juden ebenso »Fremde« wie Muslime. So verschickte im Februar 2012 eine Gruppierung, die sich »Die Reichsbewegung – Neue Gemeinschaft von Philosophen« nennt, ihren Internetauftritt mit der Reichskriegsflagge schmückt und einen Verweis auf »Die Judenfrage« bereitstellt, Drohbriefe an Moschee-Gemeinden und jüdische Einrichtungen. Vor dem Hintergrund des Rechtsterrorismus müssen diese Drohungen ernst genommen werden. Bisher sind die Vermutungen, die rechtsextreme Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« hätte ihren Hass auch an Juden ausgelassen und wäre für verschiedene bisher ungeklärte antisemitische Übergriffe verant-

wortlich, nicht bestätigt. Zumindest ist bekannt geworden, dass die Rechtsterroristen sich u.a. über das selbst entwickelte antisemitische Brettspiel »Pogromly« finanziert haben.

Die Strategien der Rechtsextremen, ihre Themen an Diskurse in der Mehrheitsgesellschaft anzupassen und das umzusetzen, was diese sich vermeintlich nicht traut auszuführen, bergen ein erhebliches Gefahrenpotenzial. Um solchen Entwicklungen präventiv entgegenzuwirken, müssen sich Bildungseinrichtungen, aber auch die Medien mit rechtsextremen Inhalten und vor allem auch mit subtilen Formen des Antisemitismus intensiver auseinandersetzen. ■

Karin Priester

Rechtsterrorismus gestern und heute

Im Vergleich zum organisierten, international vernetzten Rechtsterrorismus des letzten Jahrhunderts operieren Rechtsterroristen heute als »lone-wolves«, sei es im Alleingang oder in kleinen konspirativen Gruppen. Das Konzept der »leaderless resistance« zieht desintegrierte, häufig psychisch auffällige Einzeltäter an, die nicht mehr durch wahllosen Massenterror auf politische Destabilisierung setzen, sondern gezielt einzelne Opfer und Opfergruppen ins Visier nehmen.

Rechtsterroristen sind auch nicht mehr das, was sie mal waren. Das mag zynisch klingen angesichts der Zwickauer Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund«, die neun Menschenleben auf dem Gewissen hat und dem Thema Rechtsextremismus erneut Auftrieb gibt. Aber die Bedingungen für die Entfaltung von rechtem Terror und seine Erscheinungsformen haben sich seit seiner Hochphase in den 70er Jahren geändert. Er hat sich individualisiert und folgt der von »Combat 18«, dem bewaffneten Arm des rechtsextremen Netzwerkes »Blood & Honour«, propagierten Strategie der »leaderless resistance« und dem von amerikanischen »White Supremacists« (Anhängern einer Ideolo-



Karin Priester

(* 1941) lehrt Soziologie an der Universität Münster.

priestek@uni-muenster.de

gie der »weißen Vorherrschaft«) seit den 90er Jahren theoretisierten *lone-wolf*-Terrorismus: Einzeltäter oder kleine Gruppen handeln logistisch und operativ auf eigene Faust.

Im Juli 2011 verübte der Norweger Anders Behring Breivik, zeitweise Mitglied der rechtspopulistischen Fortschrittspar-